

G 012 DGB-Bezirksvorstand Baden-Württemberg

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen als Material an den Bundesvorstand

**Stunden abbauen statt Menschen:
Beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzung**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

1. Arbeitszeitverkürzung als das entscheidende gewerkschaftliche Instrument gegen Arbeitslosigkeit ist unverzichtbar. Allein Wachstum wird, wenn überhaupt sinnvoll, nie mehr so viel Arbeit schaffen können, wie durch die ständig steigende Produktivität überflüssig gemacht wird. Dass Arbeitszeitverkürzung eine beschäftigungssichernde Wirkung hat, zeigt derzeit die allseits gelobte Kurzarbeit.

Gerade in der Krise ist Arbeitszeitverkürzung („Stunden abbauen statt Menschen“) der große Gegenentwurf der Gewerkschaften zum kapitalistischen Katastrophenkurs, bei dem Überkapazitäten über wildwüchsigem und rücksichtslosem Stellenabbau, Werksschließungen und Massenarbeitslosigkeit abgebaut werden.

2. Da AZV mit Lohnausgleich viele ums Überleben kämpfende Firmen überfordern würde, müssen staatliche Förder- und Rahmenbedingungen die AZV unterstützen (wie derzeit auch bei der Kurzarbeit) und sollten ggf. branchenbezogene arbeitgeberfinanzierte Fonds gebildet werden, aus denen die AZV zum Beispiel bei ökonomisch schwachen Unternehmen flankiert werden kann. Um entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen dem Gesetzgeber gegenüber durchzusetzen, müssen Gewerkschaften sich dafür einsetzen, dass das politische Streikrecht wieder als legitime Kampfform anerkannt wird, und es wirksam einsetzen.
3. Ziel bleibt der volle Lohnausgleich. Ist er auch bei engagiertem Kampf nicht durchsetzbar, darf tarifliche Arbeitszeitverkürzung nicht – wie bisher – völlig unterbleiben. Denn das führt zu Massenarbeitslosigkeit, die die Gewerkschaften erst recht schwächt und am Ende zu viel größeren Einkommenseinbußen führt. Ein Aufgeben der Arbeitszeitverkürzungspolitik ist auch gegenüber unseren erwerbslosen KollegInnen nicht zu rechtfertigen. Deswegen: Arbeitszeitverkürzung muss sein - bei größtmöglichem Lohnausgleich!
4. Die Ausgestaltung der Arbeitszeitverkürzung muss einen persönlichen Zeitvorteil und einen nachvollziehbaren Beschäftigungseffekt gewährleisten. Dies wird unter den Bedingungen der kaum noch regulierten Arbeitszeit eher über zusätzliche freie Tage pro Jahr erreichbar sein, die jeweils individuell einsetzbar und in der Personalplanung zu berücksichtigen sind, als über eine Forderung nach Tages- oder Wochenarbeitszeitverkürzung. Der Beschäftigungseffekt kann in der Schaffung neuer Stellen oder, besonders in Krisenzeiten, im Verzicht auf Entlassungen und Personalabbau bestehen.
5. Arbeitszeitverkürzung ist immer auch ein gesellschaftspolitisches Thema. Es geht um Zeit für das Leben, für Familienaufgaben, für Bildung, fürs Gesundbleiben oder für den früheren Ausstieg aus dem Arbeitsleben. Kürzere Arbeitszeiten schaffen auch Spielräume, sich mehr gesellschaftlich zu engagieren – im Ehrenamt, in der Politik, bei den Gewerkschaften. Arbeitszeitverkürzung ist ein Stück Gesellschaftsveränderung. Deshalb ist sie nur durchsetzbar, wenn es gelingt, Arbeitszeitverkürzung zum Thema einer breiten gesellschaftlichen Debatte zu machen und starke zivilgesellschaftliche Bündnisse zu schließen.
6. Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich, die nur für einzelne Firmen oder Branchenteile gelten, können für diese einen Wettbewerbsnachteil darstellen, der Arbeitsplätze gefährden kann. Die Durchsetzungschancen für

AZV sind umso größer, je mehr es gelingt, sie der Konkurrenz zu entziehen und für alle Wettbewerber gleich durchzusetzen. Deshalb muss Arbeitszeitverkürzung zum zentralen gewerkschaftlichen Anliegen der Branchengewerkschaften, des DGB, der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung werden. Verbindende und zusammenführende Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung müssen gemeinsam entwickelt werden, um gemeinsam für sie mobilisieren und sie durchsetzen zu können.